

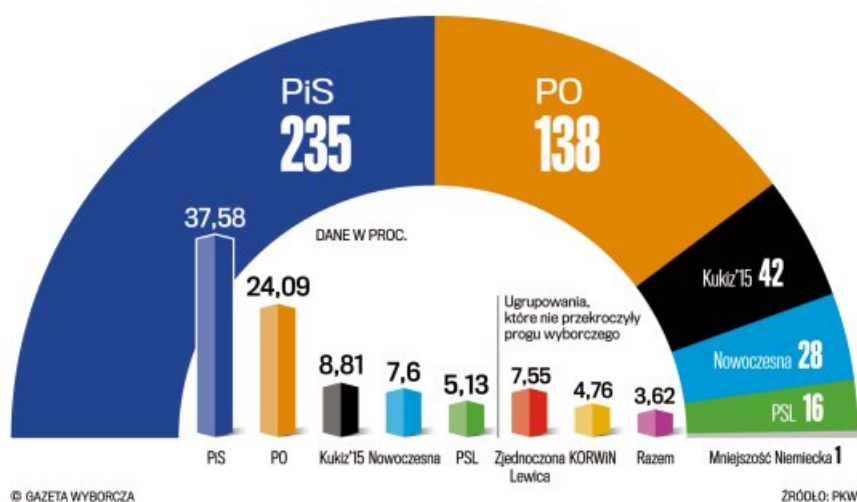
ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl ☀ Mein politischer Privatbrief No. 21 1. NOVEMBER 2015

meine ersten meinungen zu den polen-wahlen + interview mit herbert reul mdep, vorsitzender der cdu/csu-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlamemts + grüne aktivisten in den usa und england werden von putins agenten mit gazprom-geld gefüttert + wie wdr 5 ungestört (??) immer wieder jüngste deutsche geschichte fälscht oder wenigstens verdreht

Europas wichtigster Vorposten im Osten blieb stabil, wird eurokritischer Altpolitiker J. Kaczyński hat gesiegt, dennoch konnte sein Lager keinen Triumph feiern

Kaum hatte der ARD-Moderator am Abend der Polenwahl das gestärkte nationalkonservative Ergebnis verlesen, schlug er nach Neuberliner Art zu: Wenn die Gegner einer höheren Flüchtlingsaufnahme derart gewonnen hätten, sei es wohl an der Zeit, "die Brüsseler Subventionsströme nach Polen" zu bremsen. Der Schwachkopf hat genau das getan, was teilweise zur Niederlage der CDU-Schwesterpartei "Bürgerplattform" (PO) beitrug. Man wurde den Ton satt, mit dem Berlin und Brüssel in der Flüchtlingskrise agierten. Freilich hat dies nur zu etwa 1.5% Zugewinn der Rechten geführt, doch immerhin. Kommen wir nun rasch zum Gesamtbild:



© GAZETA WYBORCZA

ZRÓDŁO: PKW

PARTEIEN

PiS ("Recht & Gerechtigkeit)

Beata Szydło, J.Kaczyński:

PO (Bürgerplattform)

Ewa Kopacz, Vorgänger: Tusk

"Kukiz '15", u.a. soz.radikal,

Um Jugend bemüht

Nowoczesna, tw. neoliberal

Ryszard Petru

PSL (Bauernpartei)

PO-Koalitionspartner

Linke Liste aus SLD und anderen Linken

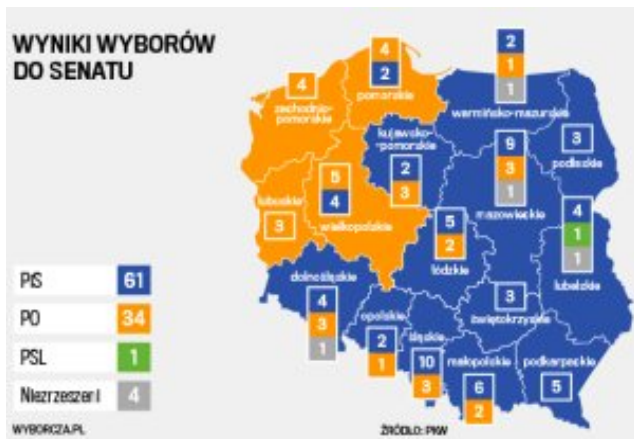
Liste Korwin Mikke MDEP

tw. neofaschistisch, gegen EU

RAZEM = "Zusammen", nicht weit weg von PiS

Sitzverteilung: PiS 235 (2011: 157) PO 138 (207) Kukiz 42, Nowoczesna 28, PSL 16, Deutsche Minderheit 1 // Wahlbeteiligung: 50.92

Ewa Kopacz, MP und PO-Chefin, gewann Warschau mit 230.894 Stimmen gegen Jarosław Kaczyński mit 202.424 Stimmen. Wichtig: Nach Warschau gehen alle im Ausland abgegebenen Stimmen. Trotz div. Auftritte der PiS in USA und England siegte die PO.



WYBORCZA.PL

ZRÓDŁO: PKW

Die linke Landkarte zeigt zwar nur das Ergebnis für den Senat, doch weichen die Territorien von PO und PiS bei der Sejm-Wahl nicht so stark ab, dass sie total anders sind. Wenn eine Sejm-Karte kommt, wird sie nachgereicht.

Was sehen wir noch: 1. Reichte das PO-Gebiet bei der Wahl 2011 noch tief nach Schlesien, weiter als Breslau. PO verlor auch im Zentrum Polens. Den Westen mit Danzig hat sie halten können. Beachtlich: 4 Senator-Sitze gingen an die Nowoczesna.

Nun wird es bitter. Denn wir betrachten Zahlen 18jähriger Erstwähler. Sie stellten nicht die Mehrheit, doch die größte Gruppe, die von PO zu PiS oder Radikalen ging oder erstmals PiS wählte.

IHRE ANTEILE : PiS 25.80% **Kukiz 19.90%** **Korwin Mikke 16.80%** PO 14.60%
Nowoczesna 8.5% RAZEM 5.2% Vereinigte Linke 3.9% PSL 3.8% andere 1,5%

Schlimm ist hier der rechtsradikale Trend. Ich kenne Korwin-Mikke seit 1990. Er ist kein klassischer Nationalkonservativer, sondern ein zwar gealterter, doch eindrucksvoller Hetzer gegen echte und falsche Skandale. Im Europäischen Parlament muss er jetzt 3000 € wegen Grüßens mit Hitlergruß zahlen.

Neben dem Bekenntnis zu K-M fallen auf: Zuspruch zum Aufwiegler Kukiz (wird nicht so stabil bleiben) Bei der PO-Zahl ist erstaunlich, dass sie nur etwa 10 Punkte vom PO-Gesamt abweicht. Die Hauptbewegungen junger Wechsel- oder Erstwähler gingen zu Kukiz oder nach rechts. Obwohl es auch bei Kukiz einige rechte Töne gab und gibt.

Nun mal weg von den Zahlen. Ich stimme meinem Freund Adam Michnik, Chefredakteur der "Gazeta Wyborcza" zu. Er nimmt schlicht zur Kenntnis, dass PiS durch Mängel und Fehler der PO siegte, doch nicht zum echten Triumph kam auch angesichts der Tatsache, dass die PiS einige Wochen lang in Umfragen um 40% pendelte. Gleichwohl hält Adam seine Warnungen vor der PiS-Wirtschafts- und Sozialpolitik aufrecht. Lange schon hielt er "griechische Zustände" für möglich. Da PiS 500 Zloty mehr Kindergeld verspreche, früheres Rentenalter und viel mehr Krankenfürsorge. Michnik:"Milliarden, die wir einfach nicht haben oder erwirtschaften können."

Auch die Tage nach der Wahl regten Berlin und die Deutschen kaum auf. Denn noch immer werden die Polen für uninteressanter als die Franzosen gehalten. Was passierte gleich? Erstens versuchten (wenige) aus der engeren Kaczynski-Clique die Wahl von Szydlo zu blockieren. Zweitens rührten sich auch in anderen Ecken der neuen Sejm-Fraktion Leute, die sich "nach diesem Wahlkampf" einen anderen Premier wünschten. 3. staunten wenigstens ein paar Ausländer darüber, dass Polens Bischöfe **nicht ins Horn bliesen**. Es wurde deutlich, dass PiS-Siege künftig kaum noch nach "solidem" Klerikalismus riechen, eher nach weltlicher Herrschlust.

Sofort wurde nach der Stimmauszählung nach Schuldigen gesucht. Da hieß es bequem, der Weggang von Donald Tusk habe geschadet. Quatsch! Schon als er ging, mußte ich als Freund beklagen, dass er weder seine Nachfolge geordnet hatte (nicht nur im Hinblick auf Brüssel), noch die PO im Griff hatte. Es gab groteske Kämpfe um Mandate und Wahlkampfmaßnahmen. Der abgehende Ex-Außenminister Sikorski enttäuschte nach allen Seiten und war in die "große Abhöraffaire" verstrickt.

Europas Christdemokraten und ich persönlich haben wichtigen PO-Leuten wie z.B. G. Schetyna vor 21 Jahren vorgeschlagen, eine "Junge Union" zu gründen, organisierte politische Bildung für Frauen und Arbeitnehmer zu planen, PO-Landwirtschaftsstrukturen etc. Gemacht wurde 100% bis heute nix mit dem Argument, man sei "nur eine Bewegung." Stimmt, doch diese wurde schlapp und einflussloser. Eine "Partei" nur bei Wahlen!!! Tscha.

Ich sehe nun das Wahlergebnis insgesamt so:

1. Eine große Menge Polen, die längst Kleinparteien nicht mehr trauen, gingen von der PO zur PiS. Person und Wahl des Europapolitikers Duda zum Präsidenten führte weithin zu der Ansicht, Kaczynskis (JK) Stern sinke. Das hinderte andere nicht, ihn noch immer für gefährlich zu halten. PO-Wähler könnten zurück kommen, die PiS-Fraktion sich spalteten

2. Nicht JK persönlich, doch seine und andere PiS-Cliquen bilden reale Gefahren. Sie werden rasch versuchen, das Fernsehen an "Ketten" á la Victor Orban zu legen. Ich sehe Gefahren für die inzwischen gut proeuropäischen Schulbücher, für das DPJW, für manche Errungenschaften der deutschen Minderheit,

3. 2.5 Millionen Polen, zumal junge, wollten lt Umfragen in 2014 Polen verlassen, manche nur vorübergehend. Da man annehmen kann, dass die PiS Jungpolitiker so wenig fördert wie jetzt die PO, besteht die Gefahr weiter, dass Korwin Mikke Anhänger findet. Die Lage wird kritisch, wenn sich in der "Bewegung" von KM ein Führer findet, der alles 'übernimmt'.

Mehr Mehrheitsbeschlüsse in Brüssel notwendig! Das Flüchtlingsproblem erfordert weit mehr Solidarität als jetzt



Wir sprachen
mit Herbert Reul MdEP
Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe
in der Fraktion der EVP
(Christdemokraten) des Europäischen Parlaments

Abbildung 1:

CONTRASALON: Jede Änderung der europäischen Verträge ist schwierig. Doch was kann und muss passieren, um den Rat entscheidungsfähiger zu machen als in Fällen wie EU-Griechenland-Politik oder Flüchtlingsaufteilung?

HERBERT REUL: Die Flüchtlingsaufteilung ist doch gerade ein gutes Beispiel, wo endlich einmal die qualifizierte Mehrheit genutzt wurde, um auch gegen den Willen einzelner Mitgliedstaaten Mehrheitsbeschlüsse durchzusetzen. Die Einstimmigkeit stößt bei 28 Mitgliedstaaten an Grenzen. Deshalb muss es in der Zukunft, zumindest in den Bereichen wo die Verträge es erlauben, **viel häufiger Mehrheitsbeschlüsse geben**. Die Akzeptanz von Abstimmungsniederlagen im Europäischen Rat muss Teil der politischen Kultur Europas werden. Das sagt sich natürlich viel leichter als es ist, insbesondere wenn man die durch Rechts- und Linkspopulisten aufgehetzte Stimmung in vielen Mitgliedstaaten bedenkt.

CONTRASALON: Wie könnte das Europäische Parlament auf eine Verbesserung der Ratspolitik einwirken?

HERBERT REUL: Das Europäische Parlament muss nun immer mehr darauf drängen, dass im Rat **Entscheidungen für Europa** getroffen werden und dies nicht nur für einzelne Mitgliedstaaten. Wenn gemeinsames Handeln unbedingt nötig ist, muss das Parlament die Mitgliedstaaten hör- und sichtbar unter Druck setzen. Das klappt jetzt auch effektiv besser als in der Vergangenheit.

CONTRASALON: Gremien wie jenes aus ständigen Vertretern der EU-Staaten in Brüssel sind noch immer vollkommen intransparent. Warum dringt hier das Europäische Parlament nicht auf mehr Öffentlichkeit?

HERBERT REUL: Das ist meiner Meinung derzeit nicht das wichtigste Problem. Hinsichtlich der Transparenz des Rates haben wir schon viele Fortschritte gemacht. Die normalen Fach-Sitzungen der Minister sind seit Lissabon **über das Internet verfolgbar**. Transparenz hat auch Grenzen. Kabinettsitzungen zum Beispiel sind in Deutschland keineswegs öffentlich. Dass der Ausschuss der Ständigen Vertreter weiterhin nicht öffentlich tagt, wundert mich nicht. Mir sind aus Deutschland auch **keine öffentlichen Beamtenrunden** bekannt, auch nicht auf Staatssekretärebene.

Unser Parlament sollte im eigenen Haus ansetzen. Treffen der so genannten "Schattenbericht-erstatte", bei denen einzelne Abgeordnete aus jeder Fraktion hinter verschlossenen Türen Kompromisse für die Gesetzgebung aushandeln, sind total intransparent und demokratisch fragwürdig. In diesen Sitzungen **gilt viel zu oft: nur eine Stimme pro Fraktion**. Das ist weit entfernt von der demokratisch gewählten Stimmverteilung im Plenum und bevorteilt die kleinen Parteien maßlos. Da sollte man ansetzen.

CONTRASALON: Das deutsche Anliegen, die Flüchtlinge auf möglichst alle EU-Staaten zu verteilen, führte leider praktisch zu keinem Erfolg. Wie stehen EVP-Fraktion und Parlament zur konkreten Flüchtlingspolitik der Deutschen?

HERBERT REUL: So gut wie kein Erfolg stimmt nicht, denn die Beschlusslage zur Verteilung von 120.000 Flüchtlingen ist eindeutig. Ebenso zur Bekämpfung der Schlepper oder der Stärkung von *Frontex*. Die Mitgliedstaaten müssten dies alles umsetzen. Es stimmt, da hakt es leider noch. **Die EVP-Fraktion hatte sich schon im Mai mit großer Mehrheit für eine feste Quote zur Verteilung von Flüchtlingen ausgesprochen, also weit vor dem Rat**. Und wir setzen uns auch weiter für einen dauerhaften Verteilmechanismus ein, denn Europa heißt auch, solidarisch Lasten

zu teilen. Es kann nicht gut gehen, wenn einige Mitgliedstaaten zwar liebend gern von EU-Fördermitteln profitieren, aber gleichzeitig nicht bereit sind, ihren Beitrag zur Bewältigung der Flüchtlingsströme zu leisten. Die EVP-Fraktion denkt und handelt auf diesem Feld wesentlich überzeugender als der Rat - obwohl auch Mitglieder aus unserer Fraktion aus den Ländern und den Parteien kommen, die jetzt im Rat blocken.

Weltweit Grüne in Putins Bett?

In den USA und Grossbritannien wurden russische Finanzhilfen für die in den Medien immer mächtigere Organisation "Greenpeace" nachgewiesen

Diese Enthüllung begann im Juni 2014 damit, dass die deutschen Medien wieder einmal "übersahen", was ihrem sagenhaften (Negativ-)Consens in Sachen Umwelt widersprach. Denn damals erklärte NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen, dass Beweise für russische Geheimfinanzierung von Anti-Fracking-Aktionen in westlichen Ländern vorlägen. Kurz vorher hatte schon die polnische Abwehr herausgefunden, dass hinter polnischen Fracking-Bekämpfern ein paar Leute steckten, die auf dem Umweg Helsinki Geld vom russischen Gasriesen Gazprom erhielten. Funktionäre von Gazprom bestritten die Hilfe, sagten aber erfreulich offen: "Fracking, wenn es denn in Europa wirklich viel Gas brächte, wird unsere Gasexportpläne stören." Es ist inzwischen bekannt, dass die Russen schon eigenes Fracking planen - in der Ostukraine!

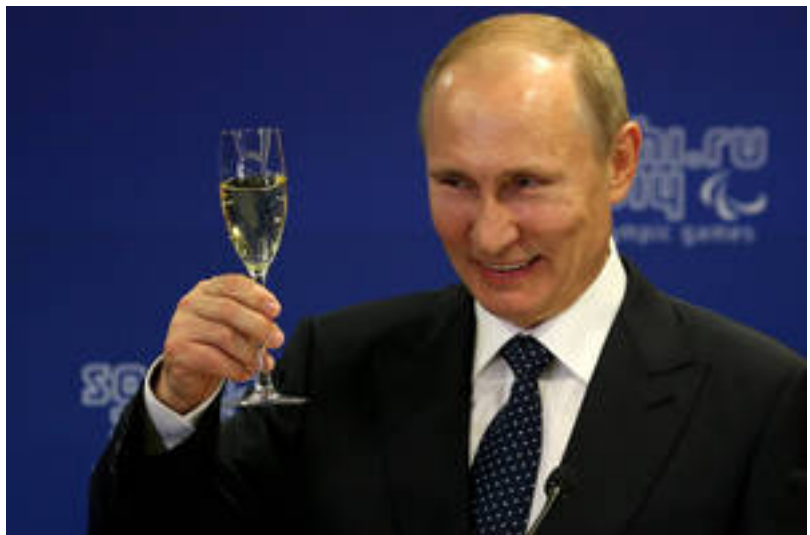
Rasmussens damalige Mitarbeiter sprachen von einer "Allianz aus Fracking-Gegnern, Grünen und linken Umweltpolitikern in den USA und in England". Gestützt auf russische Helfer hätten sie zuerst in London (Kensington) eine Koordinierungstelle geschaffen.

In den USA fand schon 2013 russische Spuren - verbunden mit Geheimdiensten - die "Washington Free Beacon and Environmental Policy Alliance". Sie entdeckte russische Zahlungen an Umweltschützer über die "Sea Change Foundation". An dieser hängen drei US-Umweltbewegungen: "Sierra Club", "National Resources Defense Council" und "League of Conservative (!) Voters". Das Projekt wurde und wird aus dem inneren Putin-Zirkel geführt. Zur Tarnung agiert dabei abermals das Öl-Unternehmen des Aleksander Lebedev.

Mehrere Sprecher der US-Grünen haben ihrerseits die Politik Putins in der Ukraine schon früh gerechtfertigt. Besonders pro-russisch agieren die US-Grünen Margaret Flowers und Emanuel Sferios. Die "Green Party" ihrerseits ist Teil der Lobby, die zur Blockade von US-Hilfe für die Ukraine aufrief.

Am Sierra Club hängt Oliver Tickell, Mitarbeiter der britischen Zeitschrift "Ecologist". Das Management des Blatts fusionierte 2011 mit dem von "Resurgence", das finanziell mit dem gemeinnützigen "Resurgence Trust" verbunden ist. Der genannte Lebedev leitete russisches Geld auch an den Trust mit diesen drei Auflagen: 1. Bekämpfung von Fracking, 2. Propaganda gegen Kernkraft-Neubauten in der EU, 3. Politische Bekenntnisse zu möglichst vielen Grünen in der EU.

Ziemlich viel läuft ganz offen. So stellt Tickell seine Aktionen neuerdings in *Russia Today* vor. Wieder wird Putins Ukraine-Politik gelobt. Umgekehrt läuft in Russland News aus dem



Wladimir Putin : "Aber ich bitte Sie! Doch nie in meinem Bett!"

grünen Sektor der wichtigen Aktionsländer USA und GB im Blog "Cassad Novorussia".
Man hört zuweilen, die Drehscheibe "Resurgence Trust" sei schwach oder überbe-wertet. Doch in diesen Wochen vor der Pariser Klimakonferenz zeigt sich, dass Satish Kumar, einer der Trust-Gründer noch vor dem Russen-Einfluss, schon immer zu den weltbe-kannten Umweltschützern zählte. Doch heute ist Kumar vor allem dafür verantwortlich, dass der russische Geheimdienst befreundete westeuropäische Rechtsradikale und Fa-schisten mit prorussischen Grünen zusammen bringen soll, für unser Empfinden grotesk. Doch Moskau setzt hierbei auch auf den antidemokratischen Wissenschaftler Stephen Henley. Henley ist nebenbei CEO der Firma "Pomor Ltd", die ihrerseits mit zwei kleinen westlichen Firmen kooperiert, die Bohr-Genehmigungen in Russland erhielten.



Die US-Experten halten jetzt auch den von ihnen "Neo-Stalinist" genannten **Jeremy Corbyn** (< Foto links) für einen gefährlichen Spieler, denn er habe Russen-Gelder den Bewegungen "War UK" + "The People's As-sembly" zugeführt. Die beiden britischen Pazifisten-Kreise agieren gemeinsam unter "STWUK" und erhielten "Zuschüsse" von *Russia Today*. Dabei aktiv: Corbyn-Intimus George Galloway und Neil Clark aus der oberen STWUK-Leitung.

Inzwischen hat Corbyn den Chefstuhl bei STWUK übernommen und machte Caroline Lucas, Vorsitzende der britischen *Green*

2Party, zu seiner Vize. Dazu Kritik aus dem "alten" Lager der englischen Grünen: "Ihr seid inzwischen hauptsächlich gegen den ganzen Westen (!) statt gegen den Krieg. Zum Beispiel für den Mörder Assad in Damaskus und auch für Bürgerkrieg."

Ein anderer STWUK-Vize, Andrew Murray, startete mit einem Freund namens Milne (inzwischen entlassen) eine Medien-Aktion "*Solidarität mit dem antifaschistischen Widerstand in der Ukraine (SARU)*". Der gefeuerte Milne hatte den Fehler gemacht, Zahlungen an ihn von Putins "Valdai Club" zugegeben zu haben. In dem gen. Club hat Putin schon vor dem Erreichen seiner Spitzenpositionen in Moskau wichtige Reden gehalten.

Beachtlich ist die jüngste Entwicklung angesichts der kommenden Weltklimakonferenz in Paris. Dazu Oliver Tickell in *Russia Today*: "Immer mehr Wissenschaftler, nicht nur rus-sische, lehnen die herrschende Weltklimawechsel-Theorie ab." Und setzt auch noch süffisant hinzu: "Seit 18 Jahren steigt die Welt-Durchschnittstemperatur nicht. Dies gibt seit 2014 auch der Weltklimarat zu."

MEDIEN

WDR 5: Bewußte Geschichtsfälschungen oder nur saudumme Rederei?

Behauptung am Jahrestag 2015 des Mauerbaus: Adenauer habe lieber Wahlkampf gemacht als in Berlin präsent zu sein.

Tatsachen: Die US-Botschaft verbot Adenauer die Reise nach Berlin und erreichte, dass auch die anderen zwei Berlin-Schutzmächte kein Flugzeug stellten. John F. Kennedy persönlich hatte dem US-Stadtkommandanten in Berlin Befehl erteilt. Ich sprach darüber auch 1967 mit Henry Kissinger.

Behauptung zur Wiedervereinigung: Helmut Kohl habe nach dem Fall der Mauer und angesichts des DDR-Endes ständig "gezögert", die Ostgrenze an Oder und Neiße anzuerkennen.

Tatsachen: Kohl hat seit 1970 besonders betont, die Grenze werde "da bleiben wo sie ist". 1990 ff. war er für die Planung eines deutsch-polnischen Vertrages mitverantwortlich, der die Grenzfrage VÖLKERRECHTLICH sichern sollte. Vorher bestand die Gefahr, dass jemand in Karlsruhe klagte, wenn einem Vertrag die völkerrechtliche Qualität fehlte.

DITT UN DATT



Der "Galgenmann", der angeblich unerkannt bei der großen Dresdner PEGIDA-Demo einen Galgen mit daran hängenden Namen *Merkel* und *Gabriel* hochhielt gab unter Decknamen ein Interview für das Magazin COMPACT ([links eines der COMPACT-Produkte](#)). Er betonte, kein Interesse an einer Flüchtlingsdemo zu haben. Ihm sei es mit dem Galgen um "Kampf gegen die USA und die Nato" gegangen, "welche Deutschland noch immer besetzen".

COMPACT ist eine Multimedien-Maschine des früher linken, jetzt pro-russisch rechten Journalisten Jürgen Elsässer. COMPACT hat einen kleinen (1000 Leute) Kongress "Freiheit für Deutschland" in Berlin gemacht, auf den wir zurückkommen. Nur schon dies: Russische Botschaft und Putin-Freunde aller Art klatschten mit. Und auch AfD-Lieblingsgutachter Prof. Schachtschneider.

KERNENERGIE I : Der Französische Energieversorger EDF plant den Bau von „mehreren Dutzend“ neuer Atomreaktoren in Frankreich. Ab 2028 werden „neue Modelle“ des Europäischen Druckwasserreaktors EPR gebaut. Sie sollen bis 2055 die aktuelle Generation der Kernreaktoren ersetzen. Vor der Erneuerung will EDF rund 50 Mrd.€ in die Instandhaltung alter Reaktoren stecken, die dann bis zu 60 Jahre laufen könnten. Dass Frankreich die deutsche Energie-Wende "teilweise nachmacht" (Sigmar Gabriel), erweist sich abermals als Märchen

KERNENERGIE II : Die Briten setzen nun voll auf Stromversorgung durch Kernenergie. Dies sei die umweltfreundlichste Lösung. Die britischen Wähler stimmen mit Mehrheit zu. Die Subventionen für Solar- und Windstrom, schon gekürzt, werden weiter abgebaut. Die chinesischen Staatskonzerne China General Nuclear Corporation und China National Nuclear Corporation werden sich an den britischen Nuklear-Ausbauplänen beteiligen.

UMWELT: (GB) - Aus den [Geophysical Research Letters](#) (**nicht aus ARDZDF**)

Schockierendes Forschungsergebnis: In 2014 gab es am Nordpol mehr "Mehrjahres-Eis" als in den letzten neun Jahren. Der vorige Winter war nämlich in der dortigen Region 0.5 bis 1.5 Grad kälter. Fahren wir im Original fort:

New study says Arctic to remain frozen for many more years. Report from: NASA Earth Observatory/ New paper was made by "Haas et al". Says: Stable ice thickness in the Northwest Passage. It turns out that the Arctic is far less ice free than many thought or expected just some years ago. // **Reality 2015: More Arctic ice and up to 1.5°C in next winter. Navigable Northwest Passage (NWP) meanwhile postponed 40 years..** // The Haas study finds that in 2014 "more ice survived the summer as multiyear ice in the nine most recent years". // We present results of [the first ever airborne electromagnetic ice thickness surveys](#) over the NWP carried out in April and May 2011 and 2015 over first-year and multiyear ice. These show modal **thicknesses between 1.8 and 2.0 m in all regions.** Mean thicknesses over 3 m and thick, deformed ice were observed over some multiyear ice regimes shown to originate from the Arctic Ocean.

Geschrieben und redigiert

von Jürgen Wahl, Seibachstraße 6 + 53343 WACHTBERG

Tel. 0228 – 32.43.81 // e-mail: post@jwahl.de

Deine / Ihre [Spende deckt u.a. meine Kosten](#)

bitte bei der Volksbank in 53343 Wachtberg zahlen:

IBA2N = DE 1537069805 0101403017 // BIC = GENODED 1 WV I